

Nebraska Staats-Anzeiger und Herald.
Erscheint jeden Donnerstag.
Druckersort: Grand Island, Neb.
ANZEIGER-HEROLD PUB. CO.
Office: 109 S. Walnut Straße
Telefon No. 1810
Abonnements-Preise:
Bei Vorauszahlung, pro Jahr... \$1.75
Nach Europa... 2.75
Nach Kanada... 2.25



Donnerstag, den 18. Oktober 1917.

Durch Vernunft, nicht aber durch Gewalt, soll man die Menschen zur Wahrheit führen.

Die russische Revolution entwickelt sich immer logischer: Die Bolschewiki rufen schon nach der Guillotine!

Thorheiten giebt es deshalb so viele in der Welt, weil jeder Thor immer noch einen größeren Thor findet, der ihn bewundert.

Rodefeller soll an Schlaflosigkeit leiden: Ein unerfahrener Fraß schläft unruhig und hat das Grimmen und Waudwehe, heißt es beim weißen Strach.

Es mag paradox klingen, aber wahr ist es dennoch: Wirklich weise ist nur, wer weiß, was für ein Narr er ist. Und solche Weisheit wird leider immer seltener in unserer närrischen Welt.

Der Ausspruch: „Die Majorität ist stärker als Alles; stelle zehn Philosophen auf die eine Seite und elf Dummköpfe auf die andere; die Dummköpfe werden siegen“, hat noch immer seine Geltung.

Die Zeit ist aus den Tagen: ein Frühling, der kein Frühling ist; ein Sommer, der kein Sommer; ein Herbst, der kein Herbst... hoffentlich kriegen wir auch einen Winter, der kein Winter ist... wegen der Kohlen.

Ein New Yorker Richter hat einem Manne für den Verlust einer Rippe zehntausend Dollars zugesprochen. Wozu wurde dafür ein Weib zugesprochen, und das ist für ihn und seine Nachkommen eine kostspielige Entschädigung geworden.

Theodor Storm hat recht: Wenn der Böbel aller Sorten tanzt um die goldenen Wälder, halte fest: du bist im Leben doch am Ende nur dich selber.

Im Namen der Freiheit ist in der Welt beinahe so viel gekündigt worden wie im Namen der Liebe. Und es wird immer noch weiter gekündigt.

Man spricht viel zu leichtfertig vom Leben in der Welt; in unferen Tagen besonders ist es eine der ernsthaftesten Angelegenheiten der Menschheit geworden.

Die winterliche Damenmode soll allerlei Ueberraschungen vorbereiten: n o d kürzere Röcke und halbtürmige, und lediglich aus Sparlamfentwürfen. So sagt man.

Auf dem Zudermarkt herrscht Flau, und d'e süßen Mädels werden mit Vergnügen hören. Wenn der Zuder billiger wird, werden die immer noch süßer werden.

Es ist nicht die Art der Deutschen, sich ihres Patriotismus zu rühmen, aber es hat ja auch noch Niemand behauptet, daß der lärmende Patriotismus der edelste sei. Die wahrhaft patriotische Gesinnung liegt im Herzen, nicht auf der Zunge. Seine Merkmale sind Thaten, nicht Redensarten.

Die New Yorker Union der Barbier hat beschlossen, Frauen zu ihrer Zutritt nicht zuzulassen. Was um so unverständlicher ist, als bekanntlich gerade die Frauen es ausgezeichnet verstehen, den Männern um den Bart zu gehen.

Sparfamkeit.

Zu keiner Zeit ist die edle Sparfamkeit so viel in der Welt gepriesen worden, als jetzt. In allen Tonarten wird die Menschheit ermahnt, nichts von dem zu verschwenden, was eine göttliche Natur ihr spendet. Auch soll sie ihre Einnahmen in Schuldverschreibungen des Staates umlegen und sich mit den Zinsen begnügen, die Ernährung auf das notwendigste Maß einschränken und dem Luxus des Lebens möglichst vollkommen ausschalten.

Die Gewohnheit, Geld zu sparen, ist gewiß eine sehr gute, und sie wird, wenn sie einmal angenommen ist, zu meist beibehalten. Das Geld, das einmal in der Bank oder der Sparkasse festliegt, hat dieselbe Neigung, dort zu verbleiben, als das bare Geld in der Tasche, aus ihr zu verschwinden. Jedermann wird schon die Erfahrung gemacht haben, wie wichtig es ist, Beträge, die man hat, in größeren Noten zu besitzen, weil man sich weit schwerer entschließt, diese anzuberechen, als sie auszugeben, wenn sie einmal gewechselt sind. Ebenso ist ein größerer Betrag auf einmal viel haltbarer als derselbe Betrag, wenn er in kleinen Zettelstücken kommt. Das ist ein Argument, welches gegen die amerikanische Sitte der wöchentlichen Auszahlung von Gehältern spricht. Diese trägt bei jüngeren Leuten nicht wenig zum schnellen und vollständigen Ausgeben des Einkommens bei.

Im Großen und Ganzen ist Sparfamkeit eine Tugend, die kaum einem Volke so wenig eigen ist, wie dem Amerikaner. Reiches und vor Allem leichtes Einkommen, die Sicherheit, immer wieder ein solches zu finden, die Unabhängigkeit von dem einmal gewährten Verus, den man ohne Weiteres und ohne in den Augen seiner Nebenmenschen an Werth zu verlieren, wechselt, spielen da eine sehr große Rolle. In dieser Beziehung wird es also sehr gut und nützlich sein, wenn bessere und gesündere Sitten Platz greifen.

Das Land des Sparens im größten Maße war bisher Frankreich. Dort hat Jedermann nur den einen Gedanken, so viel als möglich von seinem Einkommen auf die Seite zu legen, daß er sich dafür Staatsrente kaufen kann, die ihm ermöglicht, zu einem bestimmten und thunlichst frühen Zeitpunkt seines Lebens aufzuhören zu arbeiten und von den Zinsen dieser Rente zu leben. Mit dem sinkenden Zinsfuß der Renten wurde das natürlich immer schwerer, aber der Franzose verlag sich viel in seinen jungen Jahren, wenn er sich damit nur ein arbeitsloses Alter sichern kann. Jetzt steigen die Zinsen wieder und das wird den Franzosen sehr zugute kommen.

Aber in den Kriegsjahren, von einer Ausdehnung wie der gegenwärtigen, kommt es nicht auf diese Art von Sparen allein an. Wir haben, wenn so viele Männer mit dem Waffenhandwerk beschäftigt sind, nicht genug Nahrungsmittel auf der ganzen Welt, um in der gleichen Weise zu leben, wie wir es in Friedenszeiten thun können. Darum darf eben der Einzelne nicht so viel verzehren, wie bisher, es wäre denn, daß es gelingt, für viele Nahrungsmittel Ersatzmittel zu schaffen; das heißt in anderen Worten, Dinge zu Nahrungszwecken zu verwenden, die bisher dazu nicht verwendet wurden, weil sie weniger gut schmecken. Um das zu machen, muß man diese Dinge, wenn sie nur überhaupt essbar sind, im Aussehen und Geschmack den Dingen ähnlich machen, an die wir gewöhnt sind. Man nannte das früher vielfach Nahrungsmittelverfälschung. Heute wird unter dem Drange der Nothwendigkeit Manches zur Tugend, was früher ein Lebel war.

Ein weiteres Mittel, der Lage beizukommen, ist natürlich die strenge Staatsaufsicht über den Verbrauch des Einzelnen. Daran hat man sich in den anderen Ländern nur sehr langsam und schwer gewöhnt. Es wird in Amerika noch viel schwerer sein, weil man hier an derartige amtliche Regulierungen sehr wenig gewöhnt ist und weil eine ausgesprochene Neigung besteht, amtliche Vorschriften dieser Art zu umgehen. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie dringend notwendig es ist, sich in dieser Beziehung allen Vorschriften willig zu fügen, ja sie durch freiwillige Selbstzucht so lange als möglich unnötig zu machen und doch das gleiche Ziel zu erreichen. Eines ist sicher. Die Welt hat noch nie so viel von ökonomischen Grundrissen gelernt, wie in den letzten drei Jahren. Sie hat auch nie so sehr

den innigen Zusammenhang aller Wirtschaftskreisläufe unter einander gefühlt, wie jetzt, da jede Störung in dem Verkehr sich sehr bald in einem ganzen Volke fühlbar macht. Solche Lehren werden nicht wieder vergessen werden, wenn wieder ruhige Zeiten eingeleitet sind. Und je mehr sie ein jedes Volk beachtet, desto mehr wird es zur Erhaltung des Friedens in kommenden Zeiten beitragen können. Das sollten wir uns bei jeder der kleinen und größeren Entbehrungen, die uns das Sparen auferlegen muß, vor Augen halten.

Gamstern der Kartoffeln.

Es wird erklärt, daß für die Farmer die Gefahr vorliegt, durch die Zurückhaltung ihrer Kartoffelernte vom Markt arge Verluste zu erleiden. Der Farmer liebt die Anweisung des Nahrungsdepartements, Kartoffeln zu verwenden und Kartoffeln zu lagern, und rechnet darauf, daß dadurch eine große Nachfrage nach Kartoffeln entfallen wird. Und er denkt gleichzeitig, daß die Preise dadurch, daß er seine Ernte freihält, steigen werden. Dadurch, daß wir die Sändigkeiten nach ein unsehbarer Käufer und die Spekulation in diesen Nahrungsmitteln ausgeschlossen haben, haben wir die Aufnahmefähigkeit, die bisher die Preise geregelt hat, vernichtet. Die diesjährige Kartoffelernte ist groß. Da der Ueberfluß aber nicht exportiert werden kann, so wird er geäußert werden wie sonst, um andere Nahrungsmittel zu sparen. Somit nun jeder Farmer seine Kartoffelernte, dann wird eine Zeit kommen, in der er glaubt, daß es vorthellhaft für ihn ist, sie zu verkaufen. Er denkt aber nicht daran, daß wie er, Tausende von Farmern denken, und der Markt wird überflutet und die Preise fallen. Die Gefahr für den Farmer und den Konsumenten ist, daß der Farmer Geld verliert und im nächsten Jahre wiederum pflanzen wird, und das wäre ein Unglück für das Land.

Die von dem Vizepräsidenten betroffenen Nahrungsmittel sind: Weizen sowie Weizenmehl, Roggen und Roggenmehl, Hafer und Haferprodukte, Corn und Cornprodukte aller Art, Reis und Reismehl, trockene Bohnen, Erbsen, Baumwollsaamen und -Del, Erdnußöl, Olemargarine, Schmalz und seine Substituten und alle stickstoffhaltigen, Milch, Butter, Käse, Kondensmilch, Milch, Schweine- und Hammelfleisch, Geflügel u. Eier, alle Arten Fisch, frische Früchte und Gemüse, eingemachte Bohnen, Erbsen, Tomaten, Corn, Lachs und Sardinen, getrocknetes Obst, Syrup usw.

Unter denen, die um die Lizens nicht nachzusuchen brauchen, sind: Farmer, Gärtner, Cooperativ-Gesellschaften von Farmern und Gärtnern, sowie Viehzüchter.

Präsident proklamiert einen „Freiheitstag“.

Aus Washington: Die zweite Freiheitsanleihe-Campagne ist nun in ihre letzten zwei Wochen eingetreten. Der Präsident erließ einen besonderen Aufruf, in dem er das Volk auffordert, sich mit aller Kraft an der Anleihe zu beteiligen und dem Feinde zu zeigen, daß das amerikanische Volk den festen Willen zum Sieg habe, indem die \$5,000,000,000 zusammengebracht werden. Er empfiehlt die Abhaltung von Versammlungen und macht den 24. Oktober zum „Freiheitstag“, an dem alle Bundesbüros von 12 Uhr Mittags an geschlossen sein sollen, um den Angelegten Gelegenheit zu geben, sich an der Feier des Tages zu beteiligen.

Offiziell verlautet, daß große Anstrengungen nothwendig sein werden, da bisher unoffiziell nur 700,000,000 gemeldet worden, während sich die offiziellen Zahlen nur auf \$399,654,000 belaufen. Alle Lokal-Committees sind emsig thätig, den Erfolg in den letzten 14 Tagen der Campagne zu sichern. Als eine Anregung zum Kauf von Freiheitsanleihen meldete die Regierung, daß die Soldatenversicherung und Unterstützung ihrer Familien von der Freiheitsanleihe abhängen. Es müssen bis zum 27. Oktober täglich Bonds für \$315,000,000 gekauft werden. Und es werden alle möglichen Campagnepläne entworfen, darunter Vertheilung von Circularen durch Flieger. Feiern des „Freiheitstages“ sollen sich in vielen Städten zu großartigen Verkaufsgelagen gestalten.

Die Walzer in den großen Stahlwerken des Landes verdienen bis zu 800 Dollars monatlich, also mehr als ein Brigadegeneral. Der Krieg liebt es nun einmal, die Dinge auf den Kopf zu stellen.

Die neue „Nationalpartei“.

Die Gründung einer neuen politischen Partei ist in der Presse des Landes naturgemäß zum Gegenstand ausführlicher Behauptungen gemacht worden; beziehungsweise aber weiß im Grunde genommen kein Mann so recht, wie es sich zu der neuen Organisation stellen soll, und deshalb wird die Sache sehr vorläufig mit „Glockenhandeln“ angefaßt, auf daß man nachher nichts zurückzunehmen oder, um im „Zeitungsdiplom“ zu sprechen, keine Schühnängel zu essen braucht. In Wirklichkeit ist die „Nationalpartei“ weiter nichts als ein politischer Wechselbalg, dem jede Parteiberechtigung abgeht — geboren nicht etwa aus dem Zwang bestimmter Verhältnisse, sondern aus Willkürlichkeit und Laune. Abgewirtschaftete Elemente aller Parteien haben sich zusammengewürfelt, um ihren Drang nach Weltverbesserung Ausdruck zu geben, und die Gründung einer Partei schien ihnen das einfachste und wirksamste Mittel dazu. In der Grundsatzerklärung wird die ideale Fiktion aller Parteien zusammengefaßt, dem äußeren Anschein nach ein unsehbarer Käufer, Mitglieder zu gewinnen, thätlich jedoch den Keim zum unausbleiblichen Verfall. Einer Partei, die sich in einem Atemzug mit Frauentumrecht, Prohibition, Verstaatlichung gemeindefinlicher Einrichtungen, mit einer Indifferenz des Krieges, unter gleichzeitiger Erörterung des Krieges, und mit hundert anderen großen und kleinen Fragen identifiziert, fehlt die Einheitlichkeit, ohne die ein dauernder Bestand unmöglich ist; kaum bis zur nächsten Wahlkampagne wird sie ihr Dasein fristen können — an ein Ueberleben der Campagne nicht zu denken.

Trotz alledem ist die Gründung der „Nationalpartei“ insofern ein bedeutendes Zeichen der Zeit, als sie deutlich die im ganzen Lande herrschende politische Unruhe widerspiegelt. Zu den alten Parteien hat das Volk kein richtiges Vertrauen mehr; Fragen, die jahrelang als unüberwindbare Schranke zwischen Republikanern und Demokraten standen, sind unter dem Wirbelsturm des Krieges zu nebensächlicher Bedeutung herabgesunken, um dafür anderen Platz zu machen, bei deren Beurteilung die Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen der beiden alten Parteien nicht die geringste Rolle spielt; über gewisse Fragen sind selbst die Sozialisten, deren Solidarität in allen Sachen bisher unangreifbar gewesen, hoffnungslos gespalten, daß eine Anzahl Genossen darüber aus der Partei getreten sind, um dadurch ihrem Protest gegen den Standpunkt der Mehrheit öffentlichen Ausdruck zu geben. Zumeist sind diese Unzufriedenen der neuen Organisation beigetreten und haben ihr einen stark sozialistischen äußeren Anstrich gegeben, der aber bei der leisesten Verührung in's Abstrahlen kommt.

Auffallend ist die Thatsache, daß trotz aller Oeffentlichkeit bei der Organisation der Presse über die wirklichen Hintermänner der Partei man noch immer im Dunkeln tappt. Durch diese Unklarheit wird die Feststellung der wirklichen, nicht der vorgeschobenen, Endziele der neuen Partei bis zur Unmöglichkeit erschwert; wohl kann man aus gewissen Anzeichen Schlüsse ziehen, ohne jedoch vor sich selbst und Anderen deren Richtigkeit gewährleisten zu können. Viel Wahrscheinlichkeit für sich hat die mehrfach geäußerte Ansicht, daß es sich bei der Gründung der Nationalpartei um einen Verlust handelt, den Fortschritten des Sozialismus durch eine amheftenden diesfellen Ziele verfolgende Bewegung Schaden zu bieten. Daß das Anwachsen des sozialistischen Einflusses die beiden alten Parteien mit ernster Sorge erfüllt, kann Niemand bestreiten. Täglich widmet diesem Gegenstand die Presse ausführliche Erörterungen, durchaus nicht immer freundschaftlicher Natur, aber gerade durch die Bitterkeit der Angriffe bezeichnend für die Wichtigkeit, die man der Sache allgemein beimißt. Politiker, auf deren Urtheil man etwas geben kann, sagen offen heraus, daß bei den nächstjährigen Wahlen die Sozialisten Republikanern sowohl wie Demokraten starken Abbruch thun und voraussichtlich eine Anzahl Kongressmitglieder erobern werden, wenn die sozialistische Hochaluth bis dahin nicht auf irgend eine Weise zur Befriedigung gedrückt werden kann. Danach wäre die neue Organisation nichts weiter als ein Bündniß zwischen den beiden alten Parteien gegen den gemeinsamen Feind, ihn durch Theilung seiner Kraft unschädlich zu machen.

Für den Augenblick mag das auch wirklich gelingen; an dauernden Erfolg ist indessen nicht zu denken.

Die Demokratisierung der Welt.

Je länger der große Krieg dauert, desto lauter und desto allgemeiner wird das Verlangen der Völker nach starken Friedensgarantien für die Zukunft. Nicht bloß der unmittelbar beteiligten Völker, sondern auch der neutralen Völker, die mittelbar unter dem Kriege zu leiden haben. Aus diesem Verlangen erklärt sich die durch alle Länder gehende Bewegung, aus staatlichen Formen herauszukommen, die bei so schicksalsschweren Entscheidungen, wie sie in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 und in der Folge gefallen sind, die Stimme des Volkes nicht zur Geltung kommen lassen. Diese Bewegung ist eine durchaus natürliche Erscheinung. Die Völker haben in diesem Kriege Unbegreifliches gelitten und leiden fortgesetzt. Sie haben nicht bloß die entsetzlichen Blutopfer an den Schlachtfeldern bringen, sondern sich auch daheim die allergrößten Entbehrungen auferlegen müssen, und den Krieg fortsetzen zu können. Und sie werden sich Entbehrungen noch lange nach dem Kriege auferlegen müssen, wenn sie der Schulden ledig werden wollen, mit welchen der Krieg sie belastet hat.

Wohl sind die Völker, als der Krieg ausbrach, dem Ruf zur Fühne freudig gefolgt. In allen Ländern haben die Volksvertretungen sich mit Begeisterung mit den Konsequenzen der Kriegserklärung abgegeben und den Regierungen bereitwillig die Mittel zur Verfügung gestellt, deren sie zur Führung des Krieges bedurften. Die lange Dauer des Krieges aber hat es mit sich gebracht, daß man sich die Frage vorlegte, ob es denn wirklich keine Möglichkeit gegeben hätte, den Krieg zu vermeiden, oder thätlich alle Mittel erschöpft wurden, Europa und der Welt den Frieden zu erhalten. Und je länger man bei dieser Frage verweilt, desto lauter wurden die Zweifel. Was geschehen ist, läßt sich ungeschwiegen nicht machen, aber verständlich ist es, daß man wenigstens für die Zukunft Maßnahmen getroffen haben möchte, die im Stande sind, einer Wiederholung der Ereignisse, die im Sommer 1914 die Welt gleichsam über Nacht aus den Segnungen des Friedens in die Schreden des Krieges führten, nach Möglichkeit vorzubeugen.

Das Mittel dazu erblickt man in der Demokratisierung der Staatsformen. Sie soll es ermöglichen, schicksalsschwere Entscheidungen, von denen vielleicht das Leben von Millionen Menschen und die ganze Zukunft der Nation abhängen, aus den Kabinetten in die Sitzungssäle der Parlamente zu verlegen, und sie soll, was beinahe noch wichtiger ist, den berufenen Vertretern der Völker größeren Einfluß auf die Ereignisse einräumen, die sich heute vor einer Kriegserklärung hinter den diplomatischen Coullissen abzuspielen pflegen, und auf die auswärtige Politik überhaupt. Man will verhindern, daß die Volksvertretungen vor Thatfachen gestellt werden, die sie der Ehre des Landes wegen nicht ignorieren können, mit welchen sie sich wohl oder übel abfinden müssen.

Diesen Bestrebungen die Berechtigung abzuprehen, hieße, den Völkern, die seit drei Jahren so Unbegreifliches erdulden, das Zugeständniß der politischen Mündigkeit verweigern. Allein auch diese Bestrebungen müssen in vernünftigen Grenzen gehalten werden; diese Grenzen liegen dort, wo die Demokratisierung der Staatsform zu einer Lockerung des Staatsbegriffes zu werden droht, und auch mit dieser Entwicklung muß gerechnet werden, weil sie eine natürliche und deshalb nothwendige Folge des Krieges ist. Der Krieg bringt es unvermeidlich mit sich, daß Alles unter staatlichen Zwang gestellt wird, und zwar unter eine Form dieses Zwanges, die eine starke Reaktion nach dem Friedensschluß unvermeidlich macht.

Unter diesem Zwange stehen nicht bloß die Soldaten an der Front, von welchen die größte Selbstverleugnung gefordert wird, deren ein Mensch fähig ist, blinder Gehorsam und restlose Oxyerwilligkeit, sondern darunter stehen auch jene, die daheim geblieben sind, und sie kaum weniger als ihre Brüder und Väter draußen im wilden Schlachtgefimmel. Solchen Zwang trägt man nur, so lange die bittere Nothwendigkeit es fordert, und wenn man ihn länger als drei Jahre getragen hat, dann ist das Sehnen, von ihm loszukommen, verständlich. Und je länger solcher Zwang gedauert hat, um so energischer wird man ihn abwerfen, wenn

die Nothwendigkeit, ihn zu tragen, beieitigt ist. Die langen Kriege der Vergangenheit haben fast immer eine starke Verwilderung der Sitten im Gefolge gehabt, die auch als ein Symptom der Reaktion angesehen werden muß, die nach dem Zwange solcher Kriege unvermeidlich ist. Die Erfahrung dürfte den beteiligten Völkern nach dem gegenwärtigen Kriege erpart bleiben. Eher dürfte es nach allgemeinem Dafürhalten zu einer heilsamen sittlichen Erneuerung führen, aber gerade deshalb wird die politische Reaktion um so kräftiger einleiten.

Wie weit eine derartige Reaktion gehen kann, dafür giebt es in der Geschichte zahlreiche Beispiele. Das neueste Beispiel ist Rußland. Was sich dort seit den Märztagen dieses Jahres abgespielt hat, ist für die übrige Welt Lehre und Warnung zugleich. Was das russische Reich in dieser Zeit durchlebt hat, ist eine ganze Menschheitsgeschichte. Ueber Nacht hat es sich aus den Fesseln einer in Laufe der Jahrhunderte erstarreten Autokratie befreit, hat es alte Rüststände abgestreift und sich der Demokratie in die Arme geworfen. Aber es hat diese Wandlung mit solcher Ueberstürzung vollzogen, mit so schrankenloser Ungebundenheit, daß es der völligen inneren Auflösung, der Anarchie, den Schreden der Zucht- und Rechtslosigkeit, dem Kriege aller gegen Alle nur durch die Thatkraft eines Mannes entgangen ist, der den Muth hatte, sich der ungebändigten demokratischen Fluth entgegenzustellen und ihr für den Augenblick wenigstens Fesseln anzulegen. Was wiederum nur durch die Anwendung harten Zwanges erreicht werden konnte.

Ein geistreicher Mann hat einmal gesagt, der Anfang aller Kultur sei die Theokratie, die Gottesherrschaft, ihr Ende die Demokratie, die Volksherrschaft. In dieser Fassung ist der Satz unrichtig. Es waren die Auswüchse der Demokratie, nicht die Demokratie an sich, die den antiken Republikanern den Todesstoß gaben und eine blühende Kultur vernichteten, so weit ihre Rette nicht von barbarischen Völkern gerettet wurden. Und diese Auswüchse sind es, vor welchen die Völker sich zu hüten haben werden, wenn die Demokratisierung der Welt ihnen zum Heile werden soll. Es muß eine staatliche Autorität geben, weil sie nothwendig und als sittliche Einrichtung tief im Wesen der Dinge begründet ist. Das hat Niemand besser gewußt, als die Gründer unserer eigenen Republik, da sie auf dem Boden der neuen Welt das erste demokratische Staatswesen schufen. Wenn dieses Staatswesen nach den demokratischen Ideen eingerichtet worden wäre, die heute in den Köpfen ja mancher Weltverbesserer dieses und jenseits des Ozeans spuken, hätte es kein Jahrhundert überdauert. Auch das werden die Völker sich gewärtig halten müssen, wenn sie nach dem Kriege an die Umgestaltung ihrer staatlichen Einrichtungen gehen. Sonst werden sie aus dem Zwange in das Chaos kommen, in die Anarchie, und aus der Anarchie wieder unter neuen Zwang. Vor den logischen Entwicklungen im Völkerleben giebt es nun einmal kein Entkommen.

Wenn der freundliche Leser des „Anzeiger“ in diesen Tagen die Depeschen und editorialen Spalten kritisch mitliest, dann möge er berücksichtigen, daß man gerade in diesen Tagen nach höherer Bestimmung sich zu richten hat.

Verlaß dich nicht auf Menschen.
W. S.

Menschenruhm kein Heiligtum.
Seute will man dich vergotten,
Morgen hörst du dich verspotten,
Suchst du nur bei Menschen Ehr',
Sollt du wenig — suche mehr!

Menschengunst ein Rebelldunst!
Die dich liebend heut' umfassen,
Können morgen dich verlassen.
D'rum sei weise; nur der Thor
Stützt sich auf ein schwanfend Rohr.

Menschengraß — kein sid'rer Fuß,
Mander fragt, wie dir's ergebe;
Sing dir's wohl, so thät's ihm wehe.
Süße Worte, falsche Treu,
Das ist in der Welt nicht neu.

Menschenwort — kein fester Hort —
Seute heißt's: „Mein Wort zum Pfandel“
Morgen: „Ich bin's nicht im Standel“
Denn der Spruch: „Ein Wort, ein Eid“
Wilt nicht mehr in un'rer Zeit.

„Draft Riots.“

Erinnerungen aus New Yorks Geschichte von 1863.

Statt und ohne jede Störung ist in den Ver. Staaten die Registrierung zum allgemeinen Militärdienst am 5. Juni von statten gegangen. — Und wenn auch wohl niemand ernstlich Szenen erwartet hatte, wie sie die klagenswerten „Draft Riots“ im Jahre 1863 in New York im Gefolge hatten, so war man doch allgemein erstaunt, daß sich die Bevölkerung unersesslichen Landes in so vernünftiger, ordnungsliebender und fortschrittlicher Weise bei der jüngsten Registrierung betragen hat.

Man ist eben besser zur demokratischen Idee erzogen worden, als es unsere Mitbürger während der freitlichen Tage der Aushebung im Bürgerkrieg waren. Und mit Grausen und Abscheu liest heute der wackerere Bürgermann von den Ausschreitungen, deren Szene die New Yorker Stadt im Juli, 1863, gewesen ist.

Dienstag, den 2. Juli, war der erste Tag der Aushebung in New York angeordnet. Und nichts weniger als populär war diese Zwangsmaßnahme. Ganz besonders revoltierte die arbeitende Bevölkerung der Stadt gegen das neue Gesetz. Und die Geister, die so schnell einschlummert waren, wurden zu heller Empörung angefaßt durch Agenten der Südstaaten, die in der wildesten Weise gegen Lincoln und den Krieg agitirten.

In einem vierstöckigen Ziegelbau an 3. Avenue und 46. Straße, tagte die Aushebungskommision, an deren Spitze Provoß Marshal Jenkins stand. Man hatte Herrn Jenkins zwar jeden Bestand versprochen, aber als um 9 Uhr morgens die Aushebung begann, da waren die Beamten wechlos gegen die aufreißerische Menge, die das Gebäude belagerte. Schwere Steine wurden durch die Fenster geschleudert, und in Todesfurcht flohigen die Beamten und die wenigen Polizisten ins Freie, wo sie von dem Böbel schlimm zugerichtet wurden.

Aber das war nur die schwache Einleitung zu dem, was kommen sollte. Das Aushebungslot wurde gestürzt, das Lotterierad gerschmettert und die angefertigten Aushebungslisten zertrümmert und dann verbrannt.

Die Flammen und der Rauch, der aus dem Hause an der 3. Avenue emporstieg, brachte die Menge zu wilderster Mut. Brand, Mord und Totschlag folgten überall in der Stadt. Und am schlimmsten waren die Reges daran, denen man die ganze üble Lage in die Schuhe schob.

Gegen die farbige Bevölkerung New Yorks wandten sich die Aufreißer. Ungezählte Reges wurden erschossen, erschlagen, oder an den Laternenpfählen aufgehängt.

Auch Horace Greeley wollte man lynchen. Und der Redakteur der „Tribune“, der sich besonders verhaßt gemacht hatte, konnte sich nur in einer Verkleidung vor dem blutdürstigen Böbel retten.

So schnell und ungestüm brachen die „Riots“ herein, daß weder die Polizei noch die Miliz viel helfen konnten. Am Nachmittag des 2. Juli tobte der Aufruhr am heftigsten. Ein fanatischer Mob zog durch die 5. Avenue und steckte eine Reihe von Gebäuden in Brand, plünderte und raubte.

Eine Proklamation, die der Gouverneur von New York erließ, vermochte nicht die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen. Und fünf Tage lang gab es Kämpfe zwischen Polizei und Miliz und den Aufreißern in allen Vierteln der Stadt.

Aber allmählich gelang es den Behörden doch, Herr der Situation zu werden. Man berief das 7. New York Miliz-Regiment zurück, ferner das 65. und das 152. Außerdem hatte man drei Regimenter aus New Hampshire kommen lassen. Und so hörten denn am Abend des fünften Tages die Straßenkämpfe auf, und Ruhe zog langsam wieder ein in die New Yorker Stadt. Aber es dauerte bis zum 30. Juli, bis man wieder mit der Aushebung ernstlich beginnen konnte.

Mehr als 1000 Personen waren in den „Draft Riots“ getödtet oder schwer verwundet worden. Und der Brandschaden betrug über \$2,000,000.

Türkische Gerichtsreform.

Die türkische Kammer hat einen Befehl erlassen, wodurch die bisher dem Scheich ul Islam unterliegenden geistlichen (Scherias) Gerichte und sämtliche hierzu gehörigen Einrichtungen dem Justizministerium unterstellt werden, angenommen. In der Begründung des Entwurfs, der eine wichtige Reform des Gerichtswesens darstellt und einen Beschluß des im letzten Herbst stattgehabten allgemeinen Kongresses der Partei für Einheit und Fortschritt entspricht, legt die Regierung dar, daß die Reform hauptsächlich notwendig sei, um die Verwirrung hinsichtlich der Zuständigkeit der Zivil- und Scheriasgerichte zu beseitigen.